



## Interessen und Intrigen: Wer spaltete Deutschland?

von

**Herbert Graf**

Der 13. August – ein Kapitel Deutscher Geschichte

Hintergründe, Tatsachen, Ereignisse, diplomatische Aktionen und

Winkelzüge werden dokumentiert

Der 13. August 1961 nimmt in der bürgerlichen Geschichtsklitterung und in den permanenten antisozialistischen Kampagnen der Fernseh- und Radiostationen und der Printmedien einen herausragenden Platz ein. Diesem Datum und dem damit verbundenen Ereignis der Grenzsicherung der DDR gegenüber Westberlin wird größere Aufmerksamkeit gewidmet als jedem anderen Ereignis des XX. Jahrhunderts – auch gegenüber dem 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus. Das vorrangige Ziel dieser seit Jahrzehnten laufenden und sich zunehmend verstärkenden Medienkampagne ist es, Ursachen und Folgen der Berliner Mauer wahrheitswidrig dem Sozialismus, der Sowjetunion und der DDR anzulasten.

Betrachtet man unvoreingenommen die historischen Tatsachen ist un schwer festzustellen: Die Errichtung der Berliner Mauer war eine unvermeidliche Folge der Politik der Westmächte in der Westberlinfrage. Sie wurde deshalb 1961 erforderlich, weil damit die - damals reale - Gefahr eines thermonuklearen Konfliktes in Europa und in der Welt abgewendet werden konnte. Die Lösung vom 13. August 1961 war der damals von den Verantwortlichen der Großmächte UdSSR und USA als geeignet angesehene Kompromiss, um einen möglichen Ausbruch eines Atomkrieges zu verhindern.

Zum 50. Jahrestag des 13. August 1961 sind mehr als 20 Bücher veröffentlicht worden. Die Ursachen und die internationale Dimension der damaligen Berlinkrise werden in den mehr als 5000 Seiten dieser Publikationen gern übergangen. Neben vielerlei Dichtung und Tatsachenwidrigem werden dem Leser gern Scheingefechte darüber offeriert, wer den letzten Anstoß zu den Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR gegeben hat. Die amerikanische Autorin Hope M. Harrison versucht auf den 500 Seiten ihres Buches mit dem Titel „Ulbrichts Mauer – wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach“ ihren Lesern weiszumachen, die Vorbereitung und die Errichtung der Sperranlagen seien gegen den Willen und den Widerstand der UdSSR und ihrer Führung erfolgt. Die deutschen Historiker Manfred Wilke („Der Weg zur Mauer“ CH. Links Verlag) und Matthias Uhl („Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer“) vertreten in ihren Publikationen die These, dass nicht Ulbricht, sondern Chruschtschow die Initiative zur Errichtung der Mauer ergriffen habe. Mit derartigem Professorenstreit lässt sich trefflich vom Kern des Themas, nämlich den politischen Ursachen, die zum Mauerbau führten, ablenken.

Die Ursachen der Berlinkrise, die letztendlich zum Bau der Mauer führten, liegen weit zurück. 1944 hatten die Repräsentanten der Anti-Hitlerkoalition eine „Europäische Beratungskommission (EAC)“ bestehend aus den Londoner Botschaftern der UdSSR und der USA und dem britischen Diplomaten Strang damit beauftragt, die künftigen Besatzungszonen der Alliierten zu definieren. Am 12. September 1944 unterzeichneten diese das entsprechende Dokument. Darin – wie ebenso in allen nachfolgend darauf basierenden Dokumenten – ist nie von ewigen Rechten der Westmächte in Bezug auf Westberlin die Rede. Es geht darin allein um eine zeitweilige gemeinsame Verwaltung von Berlin als Sitz des alliierten Kontrollrates. In einem späteren Dokument vom 14. November 1944 wird geregelt: „Jeder der Kommandanten übernimmt der Reihe nach die Befugnisse... als Leiter der interalliierten Behörde.“ Jeweils alle 15 Tage sollte ein Wechsel im Vorsitz der Behörde erfolgen. Als am 12. Februar 1945 die Krimkonferenz endete, erklärten Stalin, Roosevelt und Churchill, dass die „Streitkräfte der drei Mächte jeweils eine separate Zone Deutschlands besetzten.“ (Die Einrichtung einer vierten –französischen - Zone wurde später vereinbart.) Auch in diesem Dokument der höchsten Repräsentanten der Antihitlerkoalition war von einer Sonderzone Berlin keine Rede. Den in den Berliner Sektoren der Siegermächte stationierten Kontingenten wurde lediglich die Aufgabe zugewiesen, „die öffentliche Ordnung in den entsprechenden Zonen ‘Groß-Berlins` aufrecht zu erhalten, sowie die ‘Interalliierte Kommandantur` zur Verwaltung von ‘Groß- Berlin` und alle übrigen Organe und Einrichtungen, die von den Alliierten geschaffen werden können, zu bewachen.“

Verbrieft Rechte auf Westberlin und die Zugangswege dahin konnten die Westmächte nie vorweisen. In ihrer Strategie des Kalten Krieges war ihnen ihre Position im geteilten Berlin ein Geschenk des Himmels. Die bereits erwähnte amerikanische Autorin Hope M. Harrison die auch eine Direktorin des Nationalen Sicherheitsrates der USA ist, offenbarte in ihrem 2011 veröffentlichten Buch: „Für die Westmächte hatte sich die Besetzung Westberlins zudem als großer Coup herausgestellt, durch den sie einen Vorposten tief in den Sowjetblock gewonnen hatten, den sie benutzen konnten, um die sozialistischen Länder zu unterwandern. In der Halbstadt bot sich eine einmalige Gelegenheit, Horchposten zu errichten, Spione zu rekrutieren und ein ‘Schaufenster` des Kapitalismus zu schaffen. Der Zustrom ostdeut-

scher Flüchtlinge war ein Segen für den Westen... Das wollte der Westen gewiss nicht aufgeben.“ Darum ging es.

Vor zehn Jahren erklärte der Parteivorstand der PDS: „Der Mauerbau war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik.“ Die historischen Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Der Missbrauch Westberlins im Kalten Krieg gegen den Sozialismus durch die Westmächte erforderte eine angemessene Reaktion. Die Berlinkrise 1961 war keine Krise des Sozialismus, sondern das Ergebnis einer gefährlichen Zuspitzung der internationalen Differenzen über die Nachkriegsregelung in Deutschland.

Dieser Tatsache gehe ich in meinem Buch „**Interessen und Intrigen. Wer spaltete Deutschland?**“ (\*) nach und möchte auf das folgende Kapitel verweisen.

### *Chruschtschows Berlin - Vorstoß*

*oder: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten . . . . .*

»Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten.« Es vergeht nunmehr seit fünfzig Jahren nach dem 13. August 1961 und nach zwei Jahrzehnten seit dem »Mauerfall« kaum ein Tag, ohne dass dieser O-Ton Ulbrichts über Rundfunk oder Fernsehen und im Internet verbreitet wird. Angesichts der Tatsache, dass eine Mauer gebaut wurde, spekuliert man dabei auf die fehlende Geschichtskennntnis der Zuhörer, um Ulbricht der Lüge zu zeihen. Nicht einer der verantwortlichen Redakteure und Zeithistoriker vom Schlage des im ZDF agierenden Professor Guido Knopp offenbaren, wann und unter welchen Bedingungen die zitierten acht Worte von Ulbricht fielen. Niemand informiert darüber, auf welche Frage Ulbricht dabei antwortete. Im Stile klassischer Geschichtsfälschung wird dabei bewusst unterschlagen, wie Ulbricht den Satz weiterführte.

Das Zitat stammt aus einer internationalen Pressekonferenz, die am 15. Juni 1961 im großen Festsaal des Hauses der Ministerien mit etwa 350 Journalisten aus aller Welt stattfand. Im Zentrum dieser Konferenz stand die Forderung nach einem Friedensvertrag für Deutschland, verbunden mit der damals international erörterten Idee

---

\* Edition Ost: Berlin 2011, 288 S., br., 14,95 €.; ISBN-13: 9783360018182

der Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin. In dieser Konferenz - sie ging über Stunden - stellte die Korrespondentin der *Frankfurter Rundschau*, Frau Doherr, an Ulbricht die Frage: »Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Westberlin Ihrer Meinung nach, dass die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen? « <sup>(119)</sup>

Ulbrichts Antwort: »Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten. Ich habe vorhin schon gesagt: Wir sind für vertragliche Beziehungen zwischen Westberlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Fragen. « Damit favorisierte Ulbricht, wohl für jedermann erkennbar, eine Verhandlungsregelung. Dass das wiederkehrende Zitat stets nach dem achten Wort abgebrochen wird, hat zweifellos keine der Wahrheit dienenden Gründe. Angemerkt sei dabei, dass - wie Kwizinskij berichtete - auch Chruschtschow in den ersten Monaten des Jahres 1961 gegenüber westlichen Fragestellern die Bemerkung fallen ließ, »wir dächten nicht daran, eine Mauer quer durch Berlin zu bauen«. <sup>(120)</sup>

Als Ulbricht am 15. Juni 1961 der Journalistin der *FR* antwortete, war erkennbar noch keine internationale Lösung der schwelenden Berlin-Krise in Sicht. Erst nach dem 25. Juli - also sechs Wochen später - fielen die Entscheidungen, welche zu den Maßnahmen am 13. August 1961 führten. Der Historiker Matthias Uhl kam in seinen Recherchen in russischen Archiven zu der Überzeugung: »Der endgültige Beschluss zum Bau der Mauer fiel am 1. August 1961. « <sup>(121)</sup> Es lohnt sich folglich, den tatsächlichen Abläufen des Geschehens Aufmerksamkeit zu widmen.

Zwischen der Antwort von Ulbricht auf der Pressekonferenz im Juni 1961 und dem Tag der Errichtung der Berliner Mauer lagen 60 brisante Tage der Geheimdiplomatie der UdSSR und der USA, auch gegenseitiger militärischer Bedrohung, deren Ausgang Mitte Juni 1961 nicht abzuschätzen war. Der historische Ausgangspunkt für die Zuspitzung der Berlin-Frage wurde im Herbst 1958 gelegt. Mehr als 30 Monate waren seitdem bis Sommer 1961 vergangen. Damals gehörte die Integration Westdeutschlands in das westliche Wirtschafts- und Militärbündnis zu den irreversiblen Veränderungen auf dem europäischen Kontinent. Die Führung der UdSSR hatte sich

1953/54 für eine souveräne DDR mit sozialistischer Entwicklungsrichtung entschieden.

Unter diesen Bedingungen wurde es für die UdSSR spürbarer als in dem Jahrzehnt vorher, dass die noch offenen Fragen aus der unausgegorenen Berlin-Regelung der EAC- Entscheidungen vom September 1944 sowohl im Interesse einer europäischen Friedensregelung als auch im Interesse der staatlichen Souveränität ihres Bündnispartners DDR einer endgültigen internationalen Klärung bedurften. Seit dem Kriegsende hatten sich die Realitäten in Deutschland weit von den Zielen der Alliierten im Potsdamer Abkommen - die auf ein künftiges einheitliches, neutrales und entmilitarisiertes Deutschland gerichtet waren - entfernt. Ein Neuansatz für eine Friedensvertragsregelung mit Deutschland sollte von sowjetischer Seite nunmehr gefunden werden.

Darstellungen der Ereignisse um den 13. August 1961, die allein auf die Endphase des Geschehens 1960/61 fokussiert sind, greifen offensichtlich zu kurz. <sup>(122)</sup> Die Ursachen für die getroffenen Entscheidungen lagen historisch erkennbar weiter zurück. Mit dem dramatischen Anstieg der Abwanderungen von Ost nach West 1960/61, der auf den unmittelbaren Zeitpunkt der Errichtung der Sperrmaßnahmen im August 1961 zweifellos Einfluss hatte, hatten sie zwar einen temporären, aber nur bedingten kausalen Bezug. Alles begann wesentlich früher als 1960. Es begann in der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges 1944 in London und spitzte sich seit 1958 erkennbar zu.

Dreizehn Jahre nach Kriegsende verdichteten sich im Laufe des Jahres 1958 in der UdSSR und in der DDR die Forderungen nach einem Friedensvertrag und in diesem Zusammenhang die Debatten über die noch immer offene Berlin-Frage. Am 10. Juli 1958 erklärte Walter Ulbricht: »Wir sind der Meinung, dass die Lage in Berlin unbedingt normalisiert werden muss. « Er plädierte für gleichberechtigte Verhandlungen, um den Folgen des Kalten Krieges entgegenzuwirken und die Beziehungen zwischen beiden Teilen der Stadt zu normalisieren. Unter einer solchen Voraussetzung wäre nach seiner Darstellung »möglich, solche Fragen [...] wie die Wiederherstellung des durchgehenden städtischen Verkehrs und der Nachrichtenverbindungen, die Erleichterung und dann auch die Aufhebung der Zollkontrolle, die Einreise der West-Berliner Bürger

in die DDR« zu lösen. <sup>(123)</sup>

In Moskau reiften weitergehende Konzepte. Chruschtschow hatte sich entschlossen, eine endgültige Klärung der Fragen, über die im Ergebnis der Defizite der EAC- Beschlüsse vom September 1944 in den 13 Jahren nach Kriegsende nie auf hoher Ebene verhandelt worden war, herbeizuführen. Falin berichtete, dass er in der Anfangsphase der Debatten dazu gemeinsam mit Puschkin gegenüber Chruschtschow Bedenken gegen dessen Vorgehen angemeldet hätte, die keine Beachtung gefunden haben. <sup>(124)</sup> Am 10. November 1958 erklärte Chruschtschow in einer Rede in Moskau: »Was ist denn nach all dem vom Potsdamer Abkommen geblieben? Übrig geblieben ist faktisch nur das eine: der sogenannte Viermächtestatus Berlins, mit anderen Worten eine Lage, bei der die drei Westmächte, die USA, Großbritannien und Frankreich, die Möglichkeit haben, in Westberlin zu wirtschaften und diesen Teil der Stadt, der Hauptstadt der DDR, in eine Art Staat im Staate zu verwandeln; unter Ausnutzung dieses Zustandes treiben sie Wühlarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Sowjetunion und gegen andere Teilnehmer des Warschauer Vertrages. Darüber hinaus genießen sie noch das Recht des unbehinderten Verkehrs zwischen West-Berlin und Westdeutschland über dem Luftraum, die Schienenwege, auf Auto- und Wasserstraßen der Deutschen Demokratischen Republik, die sie nicht anerkennen wollen. « <sup>(125)</sup>

Inwieweit vor diesem Auftritt Chruschtschows Konsultationen über die sowjetische Berlin-Initiative stattgefunden haben, ist im Detail nicht bekannt. Die Tatsache, dass sich Walter Ulbricht schon am 27. Oktober 1958 in einer öffentlichen Rede kritisch zu damals geltenden Berlin-Regelungen der Westalliierten und zu deren Verbindungswegen geäußert hat, lässt – im Unterschied zum früheren sowjetischen Vorgehen - auf Absprachen schließen. <sup>(126)</sup> Die Beziehungen zwischen den Führungen der KPdSU und der SED waren in dieser Zeit gegenüber der Periode vor 1953 spürbar verbessert. Das wird u. a. dadurch bewiesen, dass auch 1955 Chruschtschow sich in Vorbereitung der Verhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer dazu mit der Führung der DDR, vor allem zur Freilassung der letzten deutschen Militärangehörigen und Zivilpersonen, die in der UdSSR Strafen verbüßten, verständigt und vereinbart hatte. <sup>(127)</sup> Als Adenauer am 9. November 1955 in Moskau eintraf und Verhandlungen mit

der sowjetischen Regierung aufnahm, waren — in der immer noch als dramatisch dargestellten Kriegsgefangenen-Frage — die Messen längst gesungen. Nur dadurch war es möglich, dass die Betroffenen aus den Weiten der Sowjetunion drei Wochen nach Adenauers Visite in Deutschland ankommen konnten. <sup>(128)</sup>

Am 27. November 1958 übermittelte die Regierung der UdSSR ihre »Berlin-Note« an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Darin wird nach einer Darstellung der negativen Entwicklung der Nachkriegssituation erklärt: »Die sowjetische Regierung kann sich nicht mehr durch den Teil der Alliierten-Abkommen über Deutschland gebunden fühlen, der einen nicht gleichberechtigten Charakter angenommen hat und zur Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in Westberlin und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR benutzt wird. Im Zusammenhang damit setzt die Regierung der UdSSR die Regierung der USA davon in Kenntnis, dass die Sowjetunion das Protokoll über das Abkommen zwischen den Regierungen der Union der Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreiches über die Besatzungszonen Deutschlands und über die Verwaltung von, Groß-Berlin' vom 12. September 1944 und die damit verbundenen Zusatzabkommen [...], das heißt die Abkommen, deren Wirksamkeit für die ersten Jahre nach der Kapitulation Deutschlands berechnet waren, als nicht mehr in Kraft befindlich betrachtet«. <sup>(129)</sup> Damit war der Stein ins Rollen gebracht, der zu einer internationalen Vereinbarung führen sollte, aber letztlich zur Berlin-Krise 1961 und zum Bau der Berliner Mauer führte.

Die Westmächte reagierten in Memoranden und im nachfolgenden Notenwechsel mit der Regierung der UdSSR empört. Ihre Antworten gingen auf die Hauptargumente in der Note der UdSSR nicht ein und versuchten, mit einem zweifelhaften Netz juristischer Spitzfindigkeiten vom Kern der Sache abzulenken. So entgegnete die Regierung der USA: »Was das Potsdamer Abkommen anbetrifft, so hängt der Status Berlins nicht von ihm ab.« <sup>(130)</sup> Das Außenministerium der USA stellte die Berlin-Problematik in einem Memorandum dar. Darin wird allein aus der Tatsache, dass das EAC-Protokoll zu einem früheren Zeitpunkt als das Potsdamer Abkommen verabschiedet war, eine höhere Wertigkeit der EAC-Vereinbarung der Botschafter der drei Staaten gegenüber den Entscheidungen der Staatschefs in



Potsdam abzuleiten versucht. Darüber hinaus suchte man in den USA bei der Analyse der Schwachstellen der Potsdamer Verhandlungen nach Ausflüchten und erklärte: »Darüber hinaus enthält das Potsdamer Verhandlungsprotokoll nichts, was das vorherige Abkommen ausdrücklich irgendwelchen seiner Bestimmungen unterwirft oder was dahin interpretiert werden kann, eine derartige Wirkung zu haben. « (131) Ferner verweist die Note der USA auch darauf, dass die UdSSR im Kommuniqué der Pariser Außenministerkonferenz, die unmittelbar nach Ende der Berlin-Blockade und der Annahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik – im Juni 1949 stattfand, anders lautenden Formulierungen zum Verkehr zwischen Westdeutschland und Westberlin zugestimmt hat als in den Vorschlägen, die sie jetzt, neun Jahre danach, unterbreitet.<sup>(132)</sup>

Die Note wurde von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit der Begründung zurückgewiesen, die EAC-Vereinbarung vom September 1944 könne nicht einseitig gekündigt werden. Es wurden zwar Verhandlungen über das deutsche Problem angeboten, allerdings ohne Bereitschaft zu einem Entgegenkommen in der Sache zu zeigen. Die drei Westmächte waren sich dahingehend einig, keine Debatte darüber zuzulassen, in der die Regelungen der EAC in Frage gestellt werden. Die Berlin-Regelung, die 1944 für eine wenige Jahre dauernde militärische Besetzung und Verwaltung der deutschen Hauptstadt gefunden worden war, hatte in der Systemauseinandersetzung einen völlig anderen Stellenwert bekommen. Westberlin mit seinen Zugangswegen war für den Westen von einer zeitweiligen Verwaltungsstruktur zu einem Pfahl im Fleisch des Gegners, zu einer unverzichtbaren strategischen Position im Kalten Krieg geworden. Mit der Verschiebung der Debatte über die sowjetische Note vom 27. November 1958 von den Grund- zu juristischen Detailfragen hatten die Westmächte obendrein die UdSSR an einer empfindlichen Stelle getroffen.

Falin und Kwizinskij haben Jahre später den desolaten Zustand der sowjetischen Archive zur Deutschlandpolitik offenbart. Kwizinskij informierte inzwischen darüber: »Das Studium der Dokumente der vier Mächte aus der Nachkriegszeit, die in dem berüchtigten Blechschrank lagerten, ergab, dass nahezu unbegrenzte Möglichkeiten bestanden, die Positionen der drei Westmächte völlig legal einzuschränken, der Erweiterung der Position der Bundesrepublik einen Riegel

vorzuschieben.« <sup>(133)</sup>

Auch Falin gelang es erst 1959, die Unterlagen über wichtige Nachkriegsvereinbarungen mit den Westalliierten im Kontrollrat aufzufinden. Als er sie dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko unterbreitete, fragte dieser: »Warum haben Sie mir dieses wichtige Dokument nicht vorgelegt, ehe wir unsere Note vom 27. November 1958 expediert haben? « Falins Antwort: »Ich arbeite erst seit März 1949 im Außenministerium. [...] Ich kam gar nicht darauf, dass derart fundamentale Daten dem Außenministerium unbekannt sind.« <sup>(134)</sup>

So konnte die Sowjetunion der anderen Seite in den juristischen Details nicht im erforderlichen Maße begegnen. Jahre danach gestand Henry Kissinger ein, dass die rechtliche Position des Westens in der Berlin-Frage nicht auf stabilen Fundamenten beruhte. »Wir konnten Berlin nur verteidigen, wenn wir seine Freiheit mit anderen Fragen verbanden, die für die Sowjets wichtig waren. Jede Politik, die die Berlin-Frage gesondert behandelte, brachte den Westen in eine ungünstige Position.« <sup>(135)</sup>

Dem Notenwechsel der UdSSR und der Westmächte vom Herbst 1958 folgten eine Reihe internationaler Begegnungen. Zwischen Mai bis August 1959 wurde über eine Nachkriegsregelung und die Berlin-Frage auf der mehrfach unterbrochenen Außenministerkonferenz in Genf debattiert. Im September 1959 tauschten sich der amerikanische Präsident Eisenhower mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Camp David über den gleichen Problembereich aus. Damals schien es fast, als kämen sich beide Seiten etwas entgegen. Präsident Eisenhower erklärte damals: »Der Ministerpräsident und ich erörterten die Berlin-Frage eingehend.« Er teilte mit, dass Verhandlungen aufgenommen werden sollen »mit dem Ziel, zu einer Lösung zu kommen, die die legitimen Interessen der Sowjets, der Ostdeutschen, der Westdeutschen und vor allen der westlichen Völker schützt. [...] Wir alle stimmen darin überein, dass dies eine anormale Situation (*abnormal Situation*) ist, die ganze Welt sagt dies.« <sup>(136)</sup>

Alle Welt sprach damals vom »Geist von Camp David«. Vorbereitungen für ein Gipfeltreffen der Staatschefs der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs im Mai 1960 wurden getroffen. 15

Jahre nach dem letzten Treffen der Repräsentanten der Antihitlerkoalition sollte auf höchster Ebene ein Konsens über die strittigen Fragen eines Friedensvertrages mit Deutschland angestrebt werden.

In der letzten Phase der Vorbereitung der Pariser Gipfelkonferenz zerschlug jedoch eine militärische Provokation der USA alle Hoffnungen auf ein Entgegenkommen. Von Pakistan aus überflog am 1. Mai 1960 ein amerikanisches Spionageflugzeug vom Typ U-2 in großer Höhe die Sowjetunion. In der Nähe der Uralstadt Swerdlowsk stürzte es nach einem Treffer sowjetischer Flugabwehrraketen vom Himmel. Der Pilot konnte sich am Fallschirm retten. Die Welt war empört. Allerwärts wurde darüber spekuliert, ob Chruschtschow angesichts dieser Zuspitzung des Kalten Krieges seine Teilnahme an der Pariser Konferenz absagen werde.

Chruschtschow sagte nicht ab. Er kam schon zwei Tage vor der für den 16. Mai angesetzten Beratung in Paris an. Vor einer Zusammenkunft mit dem Präsidenten der USA und den Repräsentanten Großbritanniens und Frankreichs erwartete er – wie große Teile der Weltöffentlichkeit – eine Entschuldigung Eisenhowers für das völkerrechtswidrige Handeln seiner Militärs und der CIA. Doch Eisenhower tat nicht dergleichen. Er verteidigte die militärische Provokation seiner Schlapphüte im Generalsrang mit der Bemerkung: »Seit Beginn meiner Amtszeit habe ich dafür gesorgt, dass wir auf jedem möglichen Wege Informationen erhalten, um die Vereinigten Staaten [...] zu schützen.« <sup>(137)</sup> Im gleichen Sinne argumentierte sein Außenminister Herter.

Weltweit waren die Menschen über diese Haltung des US-Präsidenten entsetzt. Der Star-Kommentator der *New York Herald Tribune*, W. Lippmann, bewertete das so: »Als wir [...] uns ertappt fanden, versuchten wir uns aus der Klemme zu ziehen, indem wir Hals über Kopf eine neue Politik ohne Beispiel verkündeten.« Lippmann Kollege Gaston Loblentz schrieb: »Ein sechsjähriges Kind hätte in der Woche vor Paris eine bessere Außenpolitik gemacht.« <sup>(138)</sup>

Als Frankreichs Präsident Charles de Gaulle sich zu einem Gespräch mit Chruschtschow traf, fragte ihn sein Gast: »Würden Sie mit einem Mann über die Gipfelagenda sprechen, der Flugzeuge über Frankreich schickt und dazu erklärt, er werde das immer wieder tun?« <sup>(139)</sup> Die Amerikaner hatten schon im Vorfeld der Konferenz genug

Öl in das Feuer des Kalten Krieges geschüttet. In Paris tat der amerikanische Verteidigungsminister Gates das Seine dazu und befahl einen »Übungsalarm« für alle amerikanischen Streitkräfte. <sup>(140)</sup>

Am 18. Mai trafen sich die »Großen Vier« dennoch. Zwar nicht zur Gipfelkonferenz, sondern zu einem »vorbereitenden Treffen«. Dort erklärte Chruschtschow: »Wir können in der gegenwärtigen Situation nicht an den Verhandlungen teilnehmen. Wir wollen an den Gesprächen nur auf dem Boden der Gleichberechtigung teilnehmen. Dazu ist vor allem nötig, dass die Vereinigten Staaten zugeben, dass die provokative Politik uneingeschränkter Flügel über die Sowjetunion zu verurteilen ist, dass sie sie aufgeben und eingestehen, dass sie sich der Aggression schuldig gemacht haben.« <sup>(141)</sup> Man ging in der Hoffnung auf eine amerikanische Entschuldigung auseinander. Eine weitere Zusammenkunft, zu der Präsident de Gaulle eingeladen hatte, scheiterte. Eisenhower war nur bereit zu kommen, wenn das amerikanische Luftabenteuer nicht erwähnt werde. Chruschtschow war unter diesen Umständen nur bereit, an einem weiteren vorbereitenden Treffen teilzunehmen.

Die Atmosphäre war hoch gespannt. In diesem politischen Klima war es offensichtlich nicht möglich, erfolgreich zu beraten. Man ging mit der Erwartung auseinander, sich unter günstigeren Bedingungen wieder zu treffen. Alle Teilnehmer der Pariser Begegnungen wussten: Im November des gleichen Jahres sind in den USA Präsidentenwahlen und Eisenhower wird nicht wieder kandidieren. Chruschtschow ließ mit seiner Erklärung, dass die Geduld Moskaus fast erschöpft sei, erkennen, dass die UdSSR nicht unmittelbar reagieren wird, sondern eine Pause für weitere Sondierungen anstrebt. Das bestätigt auch Falin, der anmerkte, dass die sowjetische Seite bis zum Beginn des Jahres 1961 nicht vorhatte, etwas »an der bestehenden Situation in Deutschland zu ändern«. <sup>(142)</sup>

Chruschtschows Ankündigung, er werde von Paris nach Berlin fliegen, um mit den Genossen Ulbricht und Grotewohl Vorschläge für einen Friedensvertrag zu erörtern, machte den partnerschaftlichen Charakter, den die Beziehungen der UdSSR mit der DDR inzwischen angenommen hatten, allseits deutlich.

Die Initiative der UdSSR für einen Friedensvertrag mit Deutschland, der auch das Berlin-Problem aus der Welt geschafft hätte, war

seit dem Herbst 1958 Gegenstand vielfacher Erörterung auf diplomatischem Feld. Nach der Pariser Begegnung entwickelte sich dieser Komplex zu einem Streitpunkt vor allem zwischen der UdSSR und den USA. In den Kanälen der Geheimdiplomatie, in öffentlichen Erklärungen und mit militärischen Muskelspielen mutierten die Gegensätze zwischen den Auffassungen und Interessen der Großmächte zu einem gefährlichen internationalen Konflikt, der als zweite Berlin-Krise in die Geschichte einging.

Zwar ging es vordergründig um eine Nachkriegsregelung in Deutschland. Im Kern dieser Krise wurde um Positionsgewinn, Positionsverlust, zumindest Positionserhalt der Großmächte gerungen. Franz Josef Strauß, damals Verteidigungsminister der Bundesrepublik – und damit wohl sachkundiger Zeitzeuge – hinterließ: »Ich war dagegen, dass die Autobahn Helmstedt-Berlin zum Kriegsschauplatz werden sollte. Für mich war diese Krise erst in zweiter oder in dritter Linie eine deutsche Angelegenheit. In erster Linie hatte sie eine weltpolitische Dimension, deshalb musste sie auch weltpolitisch gespielt und gelöst werden.« <sup>(143)</sup>

In welchen weltpolitischen Dimensionen 1961 gestritten wurde, darüber legen die Niederschriften der Begegnung Chruschtschows mit dem neu gewählten Präsidenten der USA John F. Kennedy unmissverständlich Zeugnis ab. Sie trafen sich am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Kennedy war kaum ein Vierteljahr im Amt. In dieser kurzen Zeit hatte er mit dem misslungenen Versuch einer Invasion in Kuba (Aktion Schweinebucht) seinen ersten internationalen Reinfluss erlitten. Ihm ging zwar der Ruf eines charismatischen Politikers, nicht aber der eines klugen Verhandlers voraus.

Die freundliche Begrüßung der beiden Staatsmänner schlug um – wie Beobachter berichteten –, als es um Nachkriegsdeutschland ging. Unzufrieden über die Situation trafen sich auf Kennedys Wunsch beide Politiker zu einem inoffiziellen Vier-Augen-Gespräch. Es währte zehn Minuten. Eine authentische amerikanische Quelle zitierte Chruschtschows Abschlussbemerkung bei dieser Begegnung. »Ich will Frieden, doch wenn Sie Krieg wollen, dann ist das Ihr Problem. Die Entscheidung über den Vertrag (*Friedensvertrag mit der DDR – H. G.*) ist unwiderruflich.« In der Quelle hieß es weiter: Kennedy sah den Russen ernst an. »Wenn das wahr ist«, entgegnete er, »wird es ein kalter Winter werden.« <sup>(144)</sup>

Chruschtschow wiederholte dabei seine im Vorjahr in Paris verkündete Auffassung, dass er, wenn mit den Westmächten keine Übereinkunft möglich wäre, entschlossen sei, »einen Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen, und dass er auf jede Verletzung ihrer Grenzen zu Lande, zu Wasser oder Luft mit Gewalt reagieren würde«. <sup>(145)</sup> Falin, der an der Begegnung in Wien teilnahm, schrieb dazu: »Meiner Ansicht nach war Kennedy im Juni 1961 äußerst eingeengt bei der Suche nach einem Kompromiss. Er hätte einen Friedensschluss der Sowjetunion mit der DDR unter Bedingungen, die faktisch die Rechte der Westmächte auf West-Berlin bestätigten, zur Kenntnis nehmen können. Der neue Präsident war nicht scharf auf die Wiedervereinigung.« <sup>(146)</sup>

Die Gefahr – es war für Deutschland die Gefahr eines thermonuklearen Infernos – war in Wien unmissverständlich benannt. Die nachfolgenden acht Wochen waren auf beiden Seiten eine Zeit gefährlicher militärischer Planspiele und zugleich des Versuchs einer politischen Lösung, um einer Kriegsgefahr auszuweichen. Strauß berichtete in seinen Erinnerungen, dass er in der ersten Julihälfte 1961 von amerikanischen Militärs nach einem geeigneten Ziel für den Abwurf einer Atombombe auf das Gebiet der DDR gefragt wurde. Auch wenn das – wie er hinterließ – die kritischste Frage war, die ihm je gestellt wurde, machte er einen Vorschlag. Er schrieb: »Einen Truppenübungsplatz, den ich kannte, habe ich namentlich genannt – ich war dort 1942 eine Zeitlang bei der Aufstellung einer neuen deutschen Panzerflakereinheit. Dies erschien mir, wenn es schon dazu kommen musste und wir den Amerikanern nicht in den Arm fallen konnten, unter den gegebenen Übeln das Geringste zu sein, obwohl es noch immer schlimm genug war.« <sup>(147)</sup>

Strauß schilderte weiter: »Die Amerikaner wagten einen solchen Gedanken, weil sie sehr genau wussten, dass die Sowjets nicht über präzise treffende und zuverlässige funktionsfähige Interkontinentalraketen verfügten, auch nicht über Mittelstreckenraketen, die in Stellung zu bringen gewesen wären.« <sup>(148)</sup> Als Kennedy aus Wien nach Washington zurückgekehrt war, erteilte er den Auftrag für eine Einschätzung darüber, wie viele Amerikaner bei einer nuklearen Auseinandersetzung sterben würden. »Die Antwort lautete: siebzig Millionen.« <sup>(149)</sup> Der Grat zwischen Krieg und Frieden war im Sommer 1961 sehr schmal. Es wurde höchste Zeit zum Umdenken!

Die intensiven diplomatischen Bemühungen der USA und der UdSSR führten schließlich in der zweiten Hälfte des Monats Juli 1961 zu einem gemeinsamen Lösungsansatz. Nüchternes Nachdenken erwies sich als geeigneter als militärische Schritte. Beide Seiten näherten sich der Position eines Status quo in Berlin, in Deutschland und Europa. Die drei Essentials – Aufrechterhaltung der alliierten Präsenz in Westberlin, freier Zugang zu Luft und zu Land nach Westberlin und Freiheit und Lebensfähigkeit von Westberlin, waren der zwischen Kennedy und Chruschtschow vereinbarte Schlüssel zum Ausweg aus der Krise, zur Verhinderung eines Krieges in Mitteleuropa.

Seit dem 17. Juli 1961 hielt sich John J. McCloy als persönlicher Beauftragter Kennedys in der Sowjetunion auf <sup>(150)</sup>, um ein abgestimmtes Vorgehen der beiden Großmächte zur Verhinderung einer nuklearen Auseinandersetzung und der Entschärfung der Berlin-Krise vorzubereiten.

Nach Gesprächen im Moskauer Außenministerium reiste McCloy in der letzten Juliwoche an Chruschtschows Urlaubsort, um mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten die letzten entscheidenden Absprachen zu treffen. Nach intensiven Gesprächen kabelte McCloy seinem Präsidenten, »dass die (Berlin-)Situation nicht reif für Verhandlungsangebote von uns ist«. Zugleich verwies er darauf, dass die Situation »zu gefährlich« sei, um sie »an einen Punkt treiben zu lassen, wo ein Zweikampf durchaus zu einer unglücklichen Aktion führen konnte«. <sup>(151)</sup>

Kennedy beorderte McCloy, der ursprünglich in Paris Station machen wollte, sofort nach Washington zurück. Nach dem Bericht McCloy's vertraute Kennedy seinem Sicherheitsberater Walt Rostow an: »Chruschtschow sieht sich einer unerträglichen Lage gegenüber. Die DDR blutet sich zu Tode, und als Folge ist der ganze Ostblock in Gefahr. Er muss etwas unternehmen, um das aufzuhalten. Vielleicht eine Mauer.« <sup>(152)</sup> Am 30. Juli 1961 erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des US-Senates J. W. Fulbright öffentlich: »Ich verstehe nicht, weshalb die DDR-Behörden ihre Grenze nicht schließen, denn ich meine, sie haben alles Recht, sie zu schließen.« <sup>(153)</sup>

Bei der Auslotung dessen, wie weit die jeweils andere Seite im Sommer 1961 gehen kann und wo man sich zurückhalten sollte,

spielten Informationen von Geheimagenten der jeweiligen Seite eine nicht geringe Rolle. Die USA konnten sich dabei auf Informationen eines Doppelagenten aus der DDR <sup>(154)</sup> und ihren Spitzenmann in Moskau, Oberst Oleg W. Penkowski, stützen. Der Doppelagent aus der DDR leistete seine Dienste für läppische 20.000 Dollar. Penkowski war von schwerem Kaliber. Er diente dem britischen und amerikanischen Geheimdienst seit 1960. Zwanzig Jahre nach dessen Enttarnung war in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu lesen: Penkowski hat »ohne Zweifel wesentlich dazu beigetragen, dass insbesondere die Vereinigten Staaten zu einer realistischeren Einschätzung sowjetischer Absichten und Möglichkeiten in der Lage waren«. <sup>(155)</sup>

Dem sowjetischen Geheimdienst diente in gleicher Sache der amerikanische Oberst Whalen im Stab des Pentagon. Er hatte die UdSSR über die Bereitschaft der USA zum Einsatz von Atomwaffen im Fall der Unterbrechung des Zugangs nach West-Berlin informiert. <sup>(156)</sup> Ebenso erhielt die UdSSR von dem französischen Mitarbeiter der NATO George Paque ein Dokument über die amerikanischen Pläne für einen Einsatz von Atombomben über Deutschland und die Sowjetunion. <sup>(157)</sup> In der letzten Juli-Dekade 1961 waren die Grenzen und die Möglichkeiten der Großmächte ausgelotet und vereinbart.

Der Verlauf der Verhandlungen vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau, vor allem die Beratung der Ersten Sekretäre der ZK der kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des Warschauer Vertrages, ist eingehend beschrieben worden. Die Dokumente zu diesem Ereignis sind seit Jahren im Bundesarchiv Berlin zugänglich. Als Matthias Uhl 2009 in einem Moskauer Archiv eine Notiz über ein Gespräch zwischen Chruschtschow und Ulbricht, das am 1. August in Vorbereitung der Konferenz stattfand, am 30. Mai 2009 im Internet veröffentlichte <sup>(159)</sup>, wurde dieser Fund zeitnah zum 13. August in den Medien wie der endlich gefundene Stein des Weisen behandelt. *Der Spiegel* titelte »Monströses aus Moskau«. <sup>(160)</sup> Eine Lektüre des Materials lässt kaum Monströses erkennen, sondern offenbart vor allem, dass zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Details der Aktion am 13. August 1961 ausgereift waren. Weitaus klarer sind die Positionen und deren Begründung in der Rede von Ulbricht am 3. August, dem Eröffnungstag der Konferenz, die Wilfriede Otto schon 1997 veröffentlicht hatte, <sup>(161)</sup> und im Brief von Walter Ulbricht an



Chruschtschow vom 4. August 1961<sup>(162)</sup> dargestellt, der bereits 1995 veröffentlicht worden ist.<sup>(163)</sup> Man benötigt offensichtlich auch künftig im jährlichen Abstand etwas irgendwie Sensationelles, um die Aufmerksamkeit des Publikums in der geläufigen Art und Weise auf den 13. August 1961 zu lenken.

Vergeblich wird man in dieser jährlichen Mainstream - Berichterstattung nach solchen dokumentierten Aussagen suchen wie der des Verteidigungsministers der Bundesrepublik, Franz Josef Strauß, dessen Einschätzung der Ereignisse 1961 lautete, dass »am Sonntag, dem 13. August 1961«, die amerikanischen Pläne für einen Nuklearschlag auf die DDR »zum Glück Makulatur geworden« waren.<sup>(164)</sup> Im anderen Zusammenhang erklärte er: »Mit dem Mauerbau war die Krise, wenn auch in einer für Deutschland unerfreulichen Weise nicht nur aufgehoben, sondern eigentlich auch abgeschlossen.«<sup>(165)</sup> Ein Vertreter der britischen Militärkommandantur in Westberlin hatte im gleichen Sinne im September 1961 einem Korrespondenten der britischen *BBC* vertraulich übermittelt: »Wir Westmächte sind über den Mauerbau eigentlich erleichtert. Für absehbare Zukunft ist Westberlin gesichert. [...] Zwar hat uns der Zeitpunkt des Mauerbaus überrascht, nicht aber die Mauer.«<sup>(166)</sup>

Für die DDR war die Zeit um den 13. August 1961 eine Zeit schwieriger Entscheidungen. Sie aber haben den möglichen Ausbruch eines Krieges verhindert. Sie hatten dennoch tragische Folgen, die noch heute bewegen. Die Bilder, die das tragische Schicksal Einzelner oder beschädigte Lebensumstände Betroffener – die permanent über die Bildschirme der Fernsehsender rollen, in Büchern und Ausstellungen präsentiert werden – reflektieren bedauernde Folgen der Entscheidungen und internationalen Vereinbarungen jener Tage. Nicht aber die Hintergründe, auch nicht die Alternative. Wie schrecklich wären, wenn es zum militärischen Schlagabtausch gekommen wäre, die Bilder von einem nuklear zerstörten Europa? Sofern es überhaupt noch Bilder gäbe. Mit den Maßnahmen vom 13. August 1961, dem Bau der Mauer, wurde – angesichts der damals existierenden politischen und militärischen Spannungssituation – auch die Gefahr eines thermonuklearen Krieges abgewendet.

Auch das gehört zur Wahrheit der Berlin-Krise 1961 und ihrer international vereinbarten Lösung!

Die Regierung der DDR und die Führung der SED waren über die mit der Errichtung der Grenzanlagen gefundene Lösung der Berlin-Krise keinesfalls erfreut. Der Abschluss eines Friedensvertrages und damit auch die Eliminierung der EAC- Vereinbarung von 1944 wären im Interesse der Souveränität des Landes und einer nachhaltigen Stabilisierung der inneren Situation ohne jeden Zweifel die bessere Lösung gewesen. Der Vorsitzende der CDU in der DDR, Gerald Götting, berichtete über ein Vieraugengespräch am 15. August 1961 mit Walter Ulbricht. Ulbricht teilte ihm demnach mit, »dass die DDR große Hoffnung in sein (*Chruschtschows* – H. G.) Treffen mit Kennedy in Wien setzte. Man müsse die USA unbedingt für einen Friedensvertrag gewinnen. Das schaffe eine neue völkerrechtliche Lage mit allen Konsequenzen. Mit eigener Staatsbürgerschaft und Souveränität für beide deutsche Staaten. Dann können wir unter- und miteinander unsere Probleme lösen. [...] Chruschtschow habe in Wien bekanntlich das Ziel nicht erreicht, er sei eben kein Diplomat. «<sup>(167)</sup>

Diese Darstellung Göttings deckt sich weitgehend mit dem Bericht, den der anglikanische Priester Paul Oestreicher gab, welcher gemeinsam mit dem Domherrn der Londoner Sankt- Pauls- Kathedrale am 3. Dezember 1961 im Amtssitz des Staatsrates der DDR mit Ulbricht u. a. über den Bau der Grenzanlagen gesprochen hatte. Der Menschenrechtler Oestreicher zitierte Ulbricht mit der Aussage: »Jeder Schuss an der Mauer ist zugleich ein Schuss auf mich. Damit liefere ich dem Klassenfeind die beste Propagandawaffe. Den Sozialismus und damit den Frieden aufs Spiel setzen, würde unendlich mehr Leben kosten. «<sup>(168)</sup> Siegfried Prokop komprimierte das Ergebnis dieses Gespräches in der Aussage: »Ulbricht hatte Chruschtschows Entscheidung über eine Abriegelung zu Lande nicht gemocht. «<sup>(169)</sup>

Erwähnenswert ist auch die Einschätzung Henry Kissingers, der aus der Sicht der US-Regierung erklärte, dass »die Freiheit Berlins durch die Standhaftigkeit des Westens, an den Besatzungsrechten festzuhalten, und durch die Unfähigkeit Chruschtschows, seine Politik durchzusetzen, gerettet wurde«. <sup>(170)</sup> Dass für Kissinger dabei der Freiheitsbegriff ein Synonym für amerikanischen Einfluss war, bedarf sicher keines Kommentars.

Die DDR hatte nach dem 13. August 1961 zwar eine gesicherte Grenze, aber keinen Friedensvertrag. Einer völkerrechtlichen Vereinbarung über einen Friedensvertrag galt zweifellos ihr Hauptinteresse. Am 15. September wandte sich Ulbricht in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung und erklärte: »Das Wichtigste in den allernächsten Monaten ist der Abschluss eines deutschen Friedensvertrages. Mit ihm verbunden ist die Herstellung der vollen Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik.«<sup>(171)</sup> Drei Tage später beriet Ulbricht im engen Kreis von Verantwortlichen über »Aufgaben im Zusammenhang mit der Vorbereitung und dem Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR«. Es ging dabei vor allem darum, Änderungen zu einem vorliegenden sowjetischen Entwurf für einen Friedensvertrag einzubringen und zu begründen.<sup>(172)</sup>

Noch am gleichen Tage übermittelte Walter Ulbricht seine Überlegungen und Vorschläge an Chruschtschow. Am 28. September kam aus Moskau die etwas ernüchternde Antwort. Nach freundlichen Floskeln über die Leistungen der DDR und dem Hinweis, dass damit »unsere Position in der Frage eines Friedensvertrages gestärkt« sei, teilte Chruschtschow mit: »Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die Maßnahmen zur Sicherung und Kontrolle der Grenzen der DDR mit Westberlin erfolgreich durchgeführt wurden, da die Westmächte zu Verhandlungen neigen und in New York bereits Kontakte zwischen der UdSSR und den USA aufgenommen wurden, sollten Schritte vermieden werden, die die Situation verschärfen könnten, vor allem in Berlin. In diesem Zusammenhang erscheint es insbesondere angebracht, sich neuer Maßnahmen zu enthalten, die die von der Regierung der DDR errichtete Kontrollordnung an der Grenze zu Westberlin verschärfen würden.«<sup>(173)</sup> Kein weiteres Wort ist in diesem Brief zu der für die DDR so dringlichen Frage des Friedensvertrages zu lesen. Das hatte Gründe.

Tatsächlich deuteten sich schon in den Herbsttagen 1961 neue Entwicklungen in Washington an. Im September traf sich in den USA der Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, dreimal mit seinen amerikanischen Partnern, auch mit dem Präsidenten der USA. Im Ergebnis dieser Gespräche schien es, als seien die USA bereit, einer Friedenskonferenz zuzustimmen, auf der »zwei Friedensverträge - einer mit der BRD, einer mit der DDR – unterzeichnet werden sollen«. <sup>(174)</sup> Gromykos Antwort war, die UdSSR sei in

dieser Frage »flexibel; man könne auch zwei separate Verträge abschließen«<sup>(175)</sup> Im Ergebnis seiner Verhandlungen in den USA, die er mit Konsultationen in London fortsetzte, kam Gromyko zu der Überlegung: »Was wäre vorteilhafter für die DDR und das ganze sozialistische Lager angesichts der neuen Situation: der Abschluss eines separaten Friedensvertrages oder die Fortsetzung der Gespräche mit dem Westen in erster Linie über die Anerkennung der Grenzen?« Sein Urteil lautete: »Gewichtige Argumente sprechen für den zweiten Weg. Die Möglichkeiten, mit dem Westen zu einer Übereinkunft zu kommen, sind noch nicht ausgeschöpft.«<sup>(176)</sup> Dieser Logik folgte auch Chruschtschow. Am 17. Oktober erklärte er auf dem Parteitag der KPdSU, dass er nicht mehr wie vorher darauf bestehe, einen Friedensvertrag noch im Jahr 1961 abzuschließen.<sup>(177)</sup>

Während in den USA und in der UdSSR versucht wurde, einen Konsens in der deutschen Frage anzustreben, kam dazu jedoch aus Bonn und auch aus Paris nur Sperrfeuer. Kanzler Adenauer erklärte im kleinen Kreis: »Trauen Sie den Amerikanern nicht; sie bringen es fertig, sich auf unserem Rücken mit den Russen zu verständigen.«<sup>(178)</sup>

Die Kuba-Krise 1962 verschlechterte das politische Klima zwischen den Großmächten. Sie führte - wie Kwizinskij darstellte - zu der »stillschweigenden« Übereinkunft der UdSSR mit den USA: »Lasst Kuba in Ruhe, und wir tun dasselbe mit Westberlin.«<sup>(179)</sup>

Als man sich später wieder zu arrangieren suchte, gelang das - wie das im Sommer 1963 abgeschlossene Atomteststoppabkommen erkennen ließ - eher auf anderen Konfliktfeldern der Großmächte als hinsichtlich einer deutschen Friedensregelung. Danach blieb den Repräsentanten der UdSSR und der USA nicht mehr viel Zeit. Am 22. November 1963 wurde der Präsident der Vereinigten Staaten John E. Kennedy in Texas erschossen. Im Oktober 1963 trat Adenauer als Bundeskanzler zurück. Nikita S. Chruschtschow wurde im Oktober 1964 von Leonid Breshnew und dessen Gefährten aus dem Amt gejagt und politisch kalt gestellt. Die Karten in den Zentren der Großmächte wurden neu gemischt. Das dauerte eine Zeit, ehe erkennbar wurde, in welcher Richtung es nunmehr gehen sollte und konnte. Eine neue Phase der Nachkriegspolitik der Großmächte zeichnete sich ab.

Zwischen Breshnew und Ulbricht wurden die Differenzen in der Beurteilung der inneren Entwicklung der sozialistischen Staaten, ihrer Beziehungen zueinander und auch hinsichtlich der deutschlandpolitischen Positionen zumindest seit der Mitte der 60er Jahre immer deutlicher. Ein Friedensvertrag mit der DDR blieb eine Zeitlang zwar noch Floskel in offiziellen Noten und Reden. Er stand aber nicht mehr auf der Agenda sowjetischer Politik.

### **Fußnoten zu diesem Abschnitt des Buches:**

- 119 Walter Ulbricht, »Wir nutzen die große Chance für den Friedensvertrag und die Wiedervereinigung«. *Neues Deutschland* vom 16. Juni 1961, S. 4
- 120 Julij Kwizinskij, »Vor dem Sturm ...«, S. 216
- 121 Mathias Uhl, »Der eiserne Ring um Berlin«. In: *Die Zeit* vom 4. September 2009, Nr. 24
- 122 Das gilt m. E. auch für die Erklärung des Parteivorstandes der PDS vom 13. Juli 2001: »Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED endgültig befreit.« <http://archiv2007sozialisten.de/Partei/geschichte/view-html?zid=3340>
- 123 Walter Ulbricht, »Der Kampf um den Frieden und die Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht«. Referat auf dem V. Parteitag der SED am 10. Juli 1958. In: Protokoll des V. Parteitages der SED. Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 25f.
- 124 Vgl. Valentin Falin, »Politische Erinnerungen ...«, S. 335f.
- 125 N. S. Chruschtschow: Rede in Moskau am 10. November 1958. *Prawda* vom 11. Oktober 1958 sowie am gleichen Tag in *Neues Deutschland*
- 126 Vgl. Walter Ulbricht, Rede am 17. Oktober 1958. *Neues Deutschland* vom 28. Oktober 1958
- 127 Brief Chruschtschows an Ulbricht vom 14. Juli 1955. SAPMO-BArch DY 30/3749, Bl. 45f.
- 128 Vgl. Herbert Graf, »Mein Leben...«, S. 275ff.
- 129 »Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Lage Berlins« vom 27. November 1958. (Gleichlautende Noten erhielten die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs). In: Europa Archiv Nr. 24/1958, S. 11300ff und *Prawda* vom 28. November 1958
- 130 Aus der Note der Regierung der USA an die Regierung der UdSSR zur Lage Berlins. In: *Europa Archiv* Nr. 24/1958, S. 11316
- 131 Memorandum des State Department der USA zur Berlin-Frage vom 20. Dezember 1958. In: »Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961«. Hauptband II. Siedler Verlag, Bonn-Zürich-Wien 1961, S. 56ff.
- 132 »Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Lage Berlins«, a. a. O.
- 133 Julij Kwizinskij, »Vor dem Sturm ...«, S. 225
- 134 Valentin Falin, »Politische Erinnerungen ...«, S. 338
- 135 Henry A. Kissinger, »Memoiren 1968-1973«. C. Bertelsmann Verlag, München 1979, S.438

- 136 Dwight D. Eisenhower: Erklärung auf der Pressekonferenz in Washington am 28. September 1959. *“The New York Times”* vom 30. September 1959, S. 16
- 137 Dwight D. Eisenhower in: »Paris Buh«. *Der Spiegel* 22/1960
- 138 Gaston Coblenz in: *New York Herald Tribune* vom 13. Mai 1960
- 139 N. S. Chruschtschow im Gespräch mit Charles de Gaulle, zitiert in: »Paris Buh«. *Der Spiegel* 22/1960
- 140 Vgl. Rudyard Kipling In: »Paris Buh«, *Der Spiegel* 22/1960
- 141 N. S. Chruschtschow auf der Gipfelkonferenz am 18. Mai 1960 in Paris. Zitiert in: »Paris Buh«. *Der Spiegel* 22/1960
- 142 Valentin Falin, »Politische Erinnerungen ...«, S. 342
- 143 Franz Josef Strauß, »Die Erinnerungen«, Siedler, Berlin 1998, S. 429
- 144 Honoré M. Catudal, »Kennedy in der Mauerkrise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA«, Berlin-Verlag, Berlin 1981, S. 127
- 145 N. S. Chruschtschow im Abschlussgespräch mit J. E Kennedy am 4. Juni 1961. In: Honoré M. Catudal, »Kennedy in der Mauerkrise ...«, S. 124f.
- 146 Valentin Falin, »Politische Erinnerungen ...«, S. 344
- 147 Franz Josef Strauß, »Die Erinnerungen«, S. 430
- 148 ebenda
- 149 William E. Leuchtenberg, »President Kennedy and the end of the Postwar World« In: Aida DiPace Donald, »John E Kennedy and the New Frontier«, Hill and Wang, New York 1966, S. 113. Honoré M. Catudal, »Kennedy in der Mauerkrise ...«, S. 132
- 150 Vgl. Honoré M. Catudal, »Kennedy in der Mauerkrise ...«, S. 212
- 151 Honoré M. Catudal, »Kennedy in der Mauerkrise ...«, S. 215
- 152 Walt Rostow im Interview mit dem *NDR* am 12. August 1976
- 153 J. William Fulbright In: *The New York Times* vom 3. August 1961
- 154 gl. Honoré M. Catudal, »Kennedy in der Mauerkrise ...«, S. 263
- 155 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. April 1993
- 156 Vgl. Viktor Marchetti u. a. »The CIA and the Cult of Intelligence« New York 1974, S. 214f.
- 157 Vgl. Bruno Mahlow, »Atomschlag gegen die UdSSR«. In *Akzente* 03/2009
- 158 Vgl. Wilfriede Otto, »13. August 1961 — eine Zäsur in der europäischen Nachkriegsgeschichte«. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Heft 1+2/1997; ebenso: Rolf Steininger, »Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlin- Krise 1958-1963«, Olzog Verlag, München 2001
- 159 Niederschrift eines Gespräches des Genossen N. S. Chruschtschow mit Genossen W. Ulbricht am 1. August 1961. In:  
*<http://www.welt.de/politik/article3828831/das-Gespräch-zwischen-Ulbricht-und-Chruschtschow>*
- 160 Klaus Wigrefe, »Monströses aus Moskau«, *Der Spiegel* /23/2009
- 161 Wilfriede Otto, «13. August 1961 — Eine Zäsur in der europäischen Nachkriegsgeschichte ...«, Heft 2/1997, S. 55ff.
- 162 Brief Walter Ulbricht an N. S. Chruschtschow vom 4. August 1961. SAPMO - BArch DY 30/3709
- 163 H. Mehringer (Hrsg.), »Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik«. München 1995, S. 254-268
- 164 Franz Josef Strauß, »Die Erinnerungen«, Siedler, München 1998, S. 431

- 165 a. a. O., S. 433
- 166 Interview Paul Oestreicher im Auftrag der *BBC London*. In: »Im Schützengraben raucht man nicht«. Textarchiv der Berliner Zeitung [www.berlinonline.de/berlinerzeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009](http://www.berlinonline.de/berlinerzeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009). Sowie: Berliner Zeitung vom 23./24. Oktober 2009
- 167 Siegwart-Horst Günter, Gerald Götting, »Was heißt Ehrfurcht vor dem Leben? Begegnungen mit Albert Schweizer«, Verlag Neues Leben 2006, S. 196
- 168 Vgl. »Interview Paul Oestreicher im Auftrag der BBC London ...«, S. 169  
Siegfried Prokop, »Aber keinen Millimeter weiter«. *Neues Deutschland* vom 12. August 2006, S. 22
- 170 Henry A. Kissinger, »Memoiren 1968 - 1973 ...«, S. 437
- 171 Walter Ulbricht, »Denken ist die erste Bürgerpflicht«. Fernsehansprache am 15. September 1961. Broschierter Nachdruck, o. J., S. 18
- 172 »Protokoll über die Besprechung beim Genossen Walter Ulbricht am 16. September 1961. Teilnehmer: P. Verner, O. Winzer, S. Schwab, E. Mielke, H. Hoffmann, H. Keßler, P. Florin, E. Kramer. R. Herber.« SAPMOArch DY 30/ 3509, BI. 122-127
- 173 Brief Chruschtschows an Ulbricht vom 28. September 1961. SAPMOArch DY 30/3509, BI. 122-127
- 174 Vgl. Rolf Steininger, »Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlin-Krise 1958-1963«. Olzog Verlag, München 2001. S. 287
- 175 a. a. O., S. 289
- 176 A. Gromyko, zitiert in: Rolf Steininger, »Der Mauerbau ...«, S. 291f.
- 177 Vgl. Valentin Falin, »Politische Erinnerungen ...«, S. 345
- 178 a. a. O., S. 341
- 179 Julij Kwizinskij, »Vor dem Sturm ...«, S. 223



